

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Gottfried Ludewig (CDU)**

vom 19. Februar 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Februar 2018)

zum Thema:

„Berliner Masern- und Röteln-Eliminationsplan“ – Erfolg oder Misserfolg?

und **Antwort** vom 07. März 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. Mrz. 2018)

Senatsverwaltung für Gesundheit,
Pflege und Gleichstellung

Herrn Abgeordneten Dr. Gottfried Ludewig (CDU)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/13547
vom 19. Februar 2018
über „Berliner Masern- und Röteln-Eliminationsplan“ – Erfolg oder Misserfolg?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie und wann werden die spezifischen Maßnahmen des „Berliner Masern- und Röteln-Eliminationsplans“ evaluiert?
2. Mit welchen Verfahren und Kennzahlen werden die einzelnen Maßnahmen und ihre Auswirkungen erfasst?
3. Wann werden die Ergebnisse dieser Evaluationen dem Berliner Abgeordnetenhaus zur Kenntnis gegeben?

Zu 1.- 3.:

Der Berliner Masern- und Röteln-Eliminationsplan greift die nationalen Empfehlungen auf und wendet diese auf die Berliner Gegebenheiten an. Zentraler Bestandteil ist dabei das rechtzeitige Impfen der Kinder entsprechend den Empfehlungen der Ständigen Impfkommision am Robert Koch-Institut (STIKO) und das nachholende Impfen in allen anderen Bevölkerungsgruppen.

Die für Gesundheit zuständige Senatsverwaltung misst dem Thema Impfen eine große Bedeutung bei und hat deshalb mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 eine Stelle für eine Referentin/einen Referenten für Fragen des Impfens bereitgestellt und ausgeschrieben.

Zentrale Aufgaben der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers werden die Umsetzung, Weiterentwicklung und Evaluation des Berliner Masern und Röteln-Eliminationsplans sein.

Es wird davon ausgegangen, dass erste Evaluationsergebnisse ab dem 3. Quartal 2019 vorliegen und dann dem Berliner Abgeordnetenhaus zur Kenntnis gegeben werden.

Berlin, den 07. März 2018

In Vertretung
Boris Velter
Senatsverwaltung für Gesundheit,
Pflege und Gleichstellung